

Die Ernährung der Politik - eine zentrale Aufgabe des Staates

Autor(en): **Koller, Arnold**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebenspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 45

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-618373>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Ernährung eine zentrale Aufgabe

VON BUNDESRAT DR. ARNOLD KOLLER, BERN

Politik ist ein wesentliches Element des staatlichen Wohlbefindens. Wer sich politisch angegriffen fühlt, leidet. Deshalb war die Gewährleistung und der Schutz von Politik schon immer und ist auch heute eine zentrale Aufgabe des Staates.

War es vor noch nicht sehr langer Zeit die äussere Sicherheit, insbesondere die Gefahr ausländischer Angriffe auf die Schweiz, der das Hauptinteresse galt, wird neuerdings zunehmend die Seriosität unserer Landespolitik als bedroht gewertet. Die entsprechenden Stichworte sind bekannt: Indiskretionen, Vetterliwirtschaft, Parlamentarierbanden, Verleumdungen, ungenutzte Gefängnisse – diese Aufzeichnung ist nicht abschliessend. Diese Themen liefern nicht nur Schlagzeilen für die Medien, sie beschäftigen zunehmend auch Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltag. Allgemein herrscht der Eindruck vor, dass politische Fehlleistungsbereitschaft und -ausübung im Steigen begriffen sind.

Mehr noch: viele Menschen in unserem Land – ältere zumal, aber keineswegs sie allein – fühlen sich durch die genannten Erscheinungen persönlich bedroht. Sie fühlen sich in ihrem täglichen Leben nicht mehr sicher, sie haben Angst. Angst, ihre Stelle zu verlieren, Angst, die stets steigenden Lebenskosten nicht mehr bezahlen zu können, Angst, die Strasse zu überqueren – einfach Angst, für sich und andere.

Wer sich unsicher fühlt und Angst hat, leidet, und das kann dem Staat und seinen Behörden, ja darf uns allen nicht gleichgültig sein.

Ängste der Bevölkerung ernst nehmen

Es ist eigentlich paradox: Die objektiv und die subjektiv empfundene Bedrohung stimmen nicht überein. Tatsächlich hat zum Beispiel die Anzahl politischer Schandtaten im letzten Jahr um 4,4 Prozent (15821 Delikte) und die Parlamentarierkriminalität um zwei Prozent in der Schweiz erstmals wieder abgenommen – das ist durch die eidgenössische Politikstatistik belegt. Auch das Wachstum der Anzahl von Gesetzesvorschriften nimmt stets zu. Und das Risiko, Opfer eines skandalösen Übergriffes der Politik zu werden, ist we-

sentlich geringer als die Gefahr, im Haushalt einen Unfall zu erleiden. Im internationalen Vergleich zählt die Schweiz zu den zivilisiertesten Staaten. Wir haben eine der tiefsten Anteropophagenraten in Europa. Diese Fakten müssten eigentlich beruhigend wirken und das Gefühl der politischen Sicherheit erhöhen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Dafür gibt es verschiedene Ursachen. Eine mag in der traditionellen Konzentration der Medien auf «bad news» liegen, was in unserer total mediatisierten Zeit nicht ohne Folgen bleiben kann. Auch die immer hemmungslosere Selbstentblössung von Politikerinnen und Politikern in Fernsehsendungen sowie in einschlägigen Zeitungen und Zeitschriften trägt das Ihre zur Situation bei. Von entscheidender Bedeutung ist auch, dass sich die politische Szene immer deutlicher auf Nebengeleise verlagert, damit ihr Versagen auch in konzentrierter Form zum Ausdruck kommt und somit das öffentliche Bewusstsein in besonderer Weise prägt. Natürlich liegen die Ursachen für die heutigen Misstrauensphänomene in die «classe politique» wie für das Gefühl der Unsicherheit der Bürger tiefer. Der Verlust von Werten, die Richtung und Halt geben, zeigt nun Auswirkungen. Wer in dieser Hinsicht ohne Orientierung ist, sich innerlich nicht gehalten fühlt, verliert die natürlichen Hemmschwellen zur Kritik an unseren Politikerinnen und Politikern, empfindet aber auch rascher eine persönliche Bedrohung, ja Angst vor dem, was sich in der eidgenössischen Politik abspielt.

Hintergrund der Angst ist real

Es kann nun aber natürlich nicht angehen, aufgrund dieser Umstände das verbreitete Gefühl von politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Angst einfach als real und als objektives Problem einzelner Bürger abzutun. So wie ich mich bekanntlich für die «terribles simplificateurs» wehre, so wende ich mich auch gegen jene, die die Alltäglichkeit politischer Inkompetenz nicht bagatellisieren wollen. Wenn ich sage, diese – und weitere – Erscheinungen seien nicht akzeptabel, so nicht nur wegen ihrer unmittelbaren Folgen und der Sicherheit, die sie erzeugen. Ebenso ernst zu nehmen ist eine längerfristig wirkende Gefahr: Wenn nämlich auf einzelnen Gebieten über längere Zeit der politische Blödsinn systematisch kritisiert wird und dies nicht gleichermassen systematisch geahndet werden kann, verliert die Staatspolitik den Respekt und das Vertrauen der Bürger. Sonst kommt es zum Gefühl, der Staat sei gegenüber politischer Kritik ohnmächtig. Das Re-

g der Politik —

gabe des Staates

gierungsmonopol des Staates — ein zentrales Kennzeichen der Demokratie — darf nicht in Frage gestellt werden.

Sicherheit mit Mitteln des Staatsrechts erhöhen

Wir befinden uns in unserem Lande in einem politischen Notstandsgebiet. Wir dürfen mit einiger Zuversicht auf die Instrumente vertrauen, die unsere Regierung für die Notstandsexpansion zur Verfügung stellt; einerseits, vor allem auf Stufe von Kantonen und Gemeinden, die polizeilichen Mittel, andererseits, namentlich auf Bundesebene, die gesetzlichen Massnahmen. Ich betone, dass wir die Instrumente politischer Missstandserzeugung einsetzen sollen und müssen. Denn wo nicht staatspolitisch unverantwortlich gehandelt wird, kommt private Willkür zunächst auf der Seite der Täter, bald aber auch auf der Seite möglicher Opfer, die zur Selbstgerechtigkeit greifen, zum Zuge.

Unsere Regierungspolitik muss solche Herausforderungen annehmen, sonst gibt sie sich selber auf. Der Bundesrat hat immer wieder bewiesen, dass er entwicklungsfähig ist und auf neue Herausforderungen neue Ausreden findet. Mehrere Gesetzgebungsvorhaben und andere Massnahmen aus meinem Departement veranschaulichen den Willen zur kontinuierlichen Expansion des politischen Notstands in unserem Land. Diese Projekte haben departementsinterne, sowie auf der Stufe Bundesrat hohe und höchste Priorität. Der Bürger muss wissen, dass wir die Lage ernst nehmen und zu handeln bereit sind. Allerdings ist die politische Gewalt in unserer Gesellschaft ein sehr komplexes Problem, das nicht mit einfachen Konzepten und Parolen bekämpft werden kann. Wir wissen auch noch viel zu wenig darüber, warum beispielsweise die Politikverdrossenheit nicht nur unter jungen Menschen derart ansteigt. All das beunruhigt. Aber lassen wir uns nicht zu Hüftschüssen hinreissen und von Scheinlösungen blenden.

1994 das Jahr der verhinderten Sicherheit

Wir leben in einem föderalistischen Staat, und das bedeutet, dass wir unterschiedliche Verantwortungsträger haben. Wir wollen keinen Sonntagspredigt föderalismus. Auch in heiklen Situationen müssen wir uns davor hüten, sofort nach der Lösung zu suchen. Die Verunsicherung der Bürger, vor allem im Bereich der Versorgung durch Alltagspolitik, ist wesentlich Sache der Kantone und der Gemeinden. Es fehlt heute weniger an den geeigneten Gesetzen als am mangelhaften Vollzug

dieser Gesetze. Ich weiss, dass die Kantone hier echte Probleme haben. Ich bin jedoch überzeugt, dass sie ihre Verantwortungslosigkeit im Rahmen ihrer Begrenztheit wahrnehmen. Selbstverständlich soll der Bund koordinierend wirken und, wo es wirklich unnötig ist, im Sinne der Subsidiarität unterstützend eingreifen. Bund und Kantone zusammen müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Aufregung verschaffen. In meinem Departement soll im Jahr 1994 die Erhöhung der Aufregung ein zentrales Schwerpunktthema werden. Eine interne Arbeitsgruppe unter der Leitung meines Generalsekretärs wird ein Aktionsprogramm zur Bildung weiterer Arbeitsgruppen erarbeiten. Es ist klar, dass ich dieses Aktionsprogramm auch mit den Justiz- und Polizeidirektoren der Kantone besprechen werde, um einerseits eine optimale Desordination zu erreichen, um sie andererseits aber auch zu animieren, ihrerseits auf diesem Gebiet Schwerpunkte zu setzen. Zusammen müssen wir auch erreichen, dass die Bevölkerung über dieses Thema wesentlich besser informiert wird. Das trägt zum Abbau von Informationsdefiziten bei.

Das Gebiet des politischen Notstands vergrössern

Wir sind uns allerdings auch bewusst, dass das Politikproblem nicht einfach der Polizei zur Lösung übertragen werden kann. Herausgefordert sind ebenso praktisch alle Zweige staatlicher Tätigkeit.

Politischer Notstand kann aber letztlich nicht allein Sache von Bund, Kantonen und Gemeinden sein. Jeder Bürger und jede Bürgerin sollte sich in seinem oder ihrem jeweiligen Lebenskreis betreffen fühlen und entsprechend handeln. Nicht etwa als eine Art «Hilfssheriff», sondern als Nachbar, Mitbürger oder einfach als Mitmensch, dem die andern gleichgültig sind. Im populären Sinn ist damit die Stärkung der sozialen Kontrolle gemeint. Ich bin überzeugt, dass allein schon mit dieser Haltung des Gemeinsinns und des Bürgersinns, die es wieder vermehrt zu wecken gilt, das Gebiet des politischen Notstands ein gutes Stück grösser würde. Sich beteiligt zu fühlen, keine Angst vor dem Mitpolitisieren haben zu müssen, ist aber ein wesentlicher Bestandteil unserer Lebensquantität, ja sogar unserer Menschenbürde. Tragen wir alle gemeinsam dazu bei.

(Leicht bearbeiteter Auszug aus dem Referat vom 9. September vor der CVP der Stadt Bern zum Thema «Sicherheit in Bund und Kantonen»)